

Zentrale Befunde und Empfehlungen des Projekts "Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention": Teilbericht 1; Abschlussbericht

Milbradt, Björn; Kindler, Heinz; Seckinger, Mike; Meysen, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Abschlussbericht / final report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Milbradt, B., Kindler, H., Seckinger, M., & Meysen, T. (2024). *Zentrale Befunde und Empfehlungen des Projekts "Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention": Teilbericht 1; Abschlussbericht*. München: Deutsches Jugendinstitut e.V.. <https://doi.org/10.36189/DJI202415>

Nutzungsbedingungen:

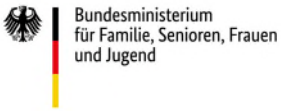
Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0>

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



Deutsches
Jugendinstitut

Abschlussbericht

Björn Milbradt, Heinz Kindler, Mike Seckinger, Thomas Meysen

Zentrale Befunde und Empfehlungen des Projekts „Ermittlung von Bedarfs- lagen im Bereich Demokratieförde- rung und Extremismusprävention“

Teilbericht 1

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u. a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2024 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung April 2024
ISBN: 978-3-86379-1
DOI: 10.36189/DJI202415

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartner:
Dr. Björn Milbradt
Telefon +49 345 68178-37
E-Mail milbradt@dji.de

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das veröffentlichende Institut die Verantwortung.

Berichte der Teilprojekte

Dieser Bericht ist Teil des Verbundprojekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Im Rahmen des Projekts wurden folgende sechs Teilberichte publiziert:

Björn Milbradt, Heinz Kindler, Mike Seckinger, Thomas Meysen

Teilbericht 1

Zentrale Befunde und Empfehlungen des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“

Laura Meijer, Pia Saueremann, Karl-Philipp Henschelmann Shih-cheng Lien, Björn Milbradt, unter Mitarbeit von Anna-Lena Kroiß und David Sarnau

Teilbericht 2

Systematischer Literaturüberblick

Andreas Rottach, Svenja Wielath

Teilbericht 3

Sekundäranalysen nationaler und internationaler Datenbasen

Karl-Philipp Henschelmann, Laura Meijer, Pia Saueremann
unter Mitarbeit von Anna-Lena Kroiß und David Sarnau

Teilbericht 4

Standardisierte Online-Erhebung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren

Stepanka Kadera, Heinz Kindler, Susanne Witte

Teilbericht 5

Einrichtungs- und Fachkräftebefragung der Kindertagesstätten und Schulen in Deutschland

Leon A. Brandt, Thomas Meysen (SOCLES),
Stepanka Kadera, Heinz Kindler, Susanne Witte (DJI)

Teilbericht 6

Explorative Analyse zu Bedarfen der Kinder- und Jugendhilfe

Inhalt

1	Hinführung: Warum Ermittlung von Bedarfslagen?	5
2	Die Teilprojekte des Verbundvorhabens im Überblick	7
3	Befunde und Empfehlungen	8
3.1	Befunde und Empfehlungen aus dem systematischen Literaturüberblick	8
3.2	Befunde und Empfehlungen aus den Sekundäranalysen	9
3.3	Befunde und Empfehlungen aus der quantitativen Jugendbefragung	10
3.4	Befunde und Empfehlungen aus der Befragung von Kindertagesstätten und Schulen	12
3.5	Befunde und Empfehlungen aus der Befragung des Regelsystems der Kinder- und Jugendhilfe: Allgemeiner Sozialer Dienst, Schul- und Jugendsozialarbeit, Hilfen zur Erziehung	14
4	Fazit	16
5	Literaturverzeichnis	17

1 Hinführung: Warum Ermittlung von Bedarfslagen?

Angesichts fortbestehender Bedrohungen der Demokratie durch antidemokratische Akteure stellen sich verstärkt Fragen nach einer empiriebasierten Weiterentwicklung pädagogischer Praxis im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention. Dies betrifft beispielsweise die Verwirklichung hoher Ansprüche an die Zielorientierung, Passgenauigkeit und Wirksamkeit von entsprechenden Projekten und Programmen. Vor diesem Hintergrund war es Ziel des Verbundprojektes, den Wissensstand zu Bedürfnissen und Bedarfslagen in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung zu verbreitern sowie darauf aufbauend Handlungsempfehlungen zu formulieren. Der Fokus liegt dabei auf Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen, da diese zentrale Zielgruppen von entsprechenden Programmen und Projekten sind und sich gleichzeitig in einer wichtigen Phase der persönlichen sozialen und politischen Entwicklung befinden.

Bereits seit mehreren Jahrzehnten entwickelt sich in Deutschland eine vielfältige Landschaft von Trägern, Projekten, Maßnahmen und Ansätzen zur Prävention von Extremismus und zur Stärkung der Demokratie (Bothe 2020; Dietz/Ganseweg 2020; Lüders u. a. 2020). Maßgeblich hierfür waren und sind Initiativen auf kommunaler Ebene sowie Bundes- und Landesprogramme, die diese Entwicklung fördern. In den 1990er Jahren waren die Programme noch relativ unspezifisch gegen Aggression und (Jugend-)Gewalt und etwa im Falle des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (Böhnisch u. a. 1997) eher auf die allgemeine Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe in Ostdeutschland gerichtet. Im Laufe der folgenden Jahre und Jahrzehnte wurden sie zunehmend ausdifferenziert und an unterschiedliche gesellschaftliche Herausforderungen (und auch politische Konjunkturen) angepasst. So wurde beispielsweise ein zunehmendes Augenmerk darauf gelegt, nicht nur sich radikalisierende oder bereits extremistische Zielgruppen zu adressieren, sondern auch die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken und entsprechende Strukturen zu entwickeln und zu unterstützen. Dies geschah und geschieht mit dem Ziel, Resilienz gegen extremistische Akteure zu erzeugen, sie möglichst zu isolieren und es antidemokratischen Individuen und Bewegungen zu erschweren, in die Gesellschaft hineinzuwirken.

Ein weiterer Anlass für eine Nachjustierung der Förderpraxis ist die in den Jahren ab 2013, insbesondere durch die Aktivitäten des sogenannten „Islamischen Staates“, deutlich gestiegene Bedrohung durch den islamistischen Extremismus, durch entsprechende Gewalttaten bis hin zu Terroranschlägen, und auch durch die Ausreise von Jugendlichen in die Kampfgebiete in Syrien und den Irak (Neumann 2015). Aufgrund der gestiegenen Phänomenbelastung und den entsprechenden Bedarfen an einer spezifischen Weiterentwicklung der Extremismusprävention in Bezug auf den Islamismus wurden im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase von 2015-2019 verstärkt Projekte gefördert, die entsprechende Ansätze entwickeln, erproben und möglichst auch in die pädagogische Regelpraxis transferieren sollten (Schau u. a. 2017). Gefragt wurde hier beispielsweise, ob die bereits existie-

renden Präventions- und Deradikalisierungsansätze gegen Rechtsextremismus unstandslos übertragbar wären, oder ob nicht vielmehr die Spezifik des Phänomens Islamismus auch eine Weiterentwicklung der präventiven Praxis nach sich ziehen müsste.

Auch die bei Bundesmodellprogrammen obligatorischen Evaluationen (Dietzel/Troschke 1988) tragen zu deren Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung bei, formulieren Empfehlungen zur Förderpraxis und zur Programmstruktur und machen auf Fehlentwicklungen und Potenziale aufmerksam (Jütz u. a. 2023; Milbradt u. a. 2021). Mittlerweile sind unterschiedliche kommunale, Landes- und Bundesakteure beteiligt, Präventions- und Beratungspraxis wird phänomenbezogen ausdifferenziert und Ansätze der Demokratieförderung und Vielfaltgestaltung werden stetig weiterentwickelt. Aufgrund dieser Komplexität stehen hinsichtlich der Modellprogrammförderung Fragen der Bedarfsgerechtigkeit, der Passgenauigkeit auf gesellschaftliche Problemlagen, der Reaktion auf neue Phänomene wie auch des Zusammenspiels unterschiedlicher Akteure im Vordergrund.

Bisher systematisch weitgehend unbeantwortet ist die Frage, welche Bedarfe dazu eigentlich bei den Zielgruppen (etwa bei jungen Menschen, bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, bei pädagogischen Fachkräften oder im Regelsystem der Kinder- und Jugendhilfe und der Schule) vorliegen oder welche Angebote und Strukturen noch (weiter-) zu entwickeln wären. Hier setzt das Projekt „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ an. Es zielt darauf ab, durch qualitative und quantitative empirische Erhebungen, einem systematischen Literaturüberblick zum Forschungsstand und der Sekundäranalyse zugänglicher Datenbasen Informationen über die Bedürfnisse dieser Zielgruppen im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention zu gewinnen und zu diskutieren, was dies für eine zukünftige bedarfsgerechte Förderpraxis bedeutet. Dabei werden auch Erfahrungen und Bedarfe verschiedener Institutionen, etwa der Kindertagesbetreuung, der Schulen sowie der Kinder- und Jugendhilfe in der Auseinandersetzung mit relevanten Bedürfnissen berücksichtigt. Gefragt wird ferner, welche Erhebungsinstrumente (etwa eines quantitativen Monitorings) es eigentlich braucht, um solche Bedürfnisse regelmäßig bzw. kontinuierlich zu ermitteln und damit der Politik und politischen Administration sowie der pädagogischen Fachpraxis und den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe Forschungsbefunde an die Seite zu stellen.

Empirische Befunde können eine Entscheidungshilfe für Politik und Verantwortliche in Verwaltung, Fachpraxis und Verbänden sein, um Bedarfe festzustellen und darauf aufbauend zu planen. Die zentrale Fragestellung lautet dabei, „welche Güter und Dienstleistungen beschafft werden müssen“ (Hesse/Starke/Tim 2018, S. 183) um welchen Nutzen zu erreichen. Eine möglichst belastbare Empirie trägt dazu bei, Antworten auf diese Frage zu finden und politische bzw. strategische Entscheidungen zu Finanz- und Projektallokationen vorzubereiten.

2 Die Teilprojekte des Verbundvorhabens im Überblick

Das Projekt wurde von drei wissenschaftlichen Instituten durchgeführt. Koordinierend war die Fachgruppe J4 „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in Halle (Saale) tätig. Neben einem systematischen Literaturüberblick (Teilbericht 2) zu Studien zu jugendspezifischen Herausforderungen und Herausforderungen der Fachpraxis (Abschnitt 3.1) wurde im Projektjahr 2023 eine quantitative Jugendstudie (Teilbericht 4) zu politischen Haltungen sowie Erfahrungen und Unterstützungsbedürfnissen in den Bereichen Hass im Netz und Extremismus durchgeführt (Abschnitt 3.3). Daran anschließend wird im Jahr 2024 eine qualitative Interviewstudie mit Jugendlichen stattfinden. Die Fachgruppe J2 „Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe“ am DJI in München hat den systematischen Literaturüberblick und die Jugendbefragung durch Sekundäranalysen (Teilbericht 3) bestehender Datensätze zu Einstellungen junger Menschen gegenüber Politik und Demokratie ergänzt (Abschnitt 3.2). Die ebenfalls dort ansässige Fachgruppe F3 „Familienhilfe und Kinderschutz“ befragte Einrichtungen und Fachkräfte in den zentralen Regelstrukturen Schule und Kindertageseinrichtungen im Rahmen von quantitativen Zusatzerhebungen (Teilbericht 5) zu Kontakten mit radikalisierten Eltern, Jugendlichen und Kindern (Abschnitt 3.4). Das SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies führte in Kooperation mit der Fachgruppe F3 „Familienhilfe und Kinderschutz“ des DJI in den Arbeitsfeldern Soziale Dienste im Jugendamt, Hilfen zur Erziehung sowie Schul- und Jugendsozialarbeit jeweils zwei Fokusgruppen (Teilbericht 6) zum Bedarf an Fortbildung, Beratung und Unterstützung durch spezialisierte Träger der Demokratieförderung und Extremismusprävention durch (Abschnitt 3.5). Und schließlich eruierte das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM als externer Partner – im Rahmen eines Literaturüberblicks sowie eigenständiger Erhebungen – Bedarfe von Regelstrukturen und „Betroffenen“-Organisationen mit Bezug auf Vielfaltgestaltung und den Abbau Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Diese Ergebnisse sind in einem ergänzenden Bericht enthalten.

Im Folgenden wird zunächst für die schnelle Übersicht ein Überblick über Kernbefunde und Empfehlungen aus den Teilprojekten des Verbundprojektes „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ gegeben. Die ausführliche Darstellung der Einzelstudien und der dort herausgearbeiteten Empfehlungen liegt in fünf separaten Berichten vor. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass dieser Abschlussbericht noch nicht alle Teilprojekte umfasst, da sich die Arbeiten in einigen Teilprojekten noch in das Jahr 2024 erstrecken.

3 Befunde und Empfehlungen

3.1 Befunde und Empfehlungen aus dem systematischen Literaturüberblick

Der systematische Literaturüberblick (Teilbericht 2) wurde in der Fachgruppe J4 erstellt und zielt darauf ab, Bedarfe der Demokratieförderung und Extremismusprävention aus dem bereits bestehenden Forschungsstand zu politischen Haltungen junger Menschen und politischer Bildung abzuleiten. Herangezogen wurden empirische Arbeiten, die ab dem Jahr 2015 veröffentlicht wurden und somit hohe Aktualität aufweisen. Insgesamt basiert der Literaturüberblick auf 153 empirischen Beiträgen, die größtenteils durch eine systematische Suche in der wissenschaftlichen Suchmaschine BASE und ferner durch ein Schneeballverfahren gefunden wurden, und deren Ergebnisse sich als Bedarfe interpretieren lassen. Obwohl eine systematische Suche die Grundlage für die Studienauswahl bildet, kann kein Anspruch auf Vollständigkeit gegeben werden. Aufgrund eines sehr engen Zeitrahmens im Projekt war eine vertiefte Schneeballsuche und ein Vergleich mit Ergebnissen anderer Datenbanken oder Suchmaschinen nicht möglich. Dennoch erlauben die hier diskutierten empirischen Studien einen breiten Einblick in die aktuellen Forschungsergebnisse und können so eine Grundlage für die empirischen Bedarfsstudien im Rahmen des Projekts bieten, etwa als Informationsbasis für die Konstruktion eigener qualitativer und quantitativer Instrumente.

- Übergreifend konnte deutlich herausgearbeitet werden, **dass Haltungen zu Demokratie und Politik mit dem formalen Bildungsgrad und auch mit dem Geschlecht zusammenhängen**. Unter anderem verweisen die betrachteten Studien auf ein geringeres politisches Interesse und eine geringere politische Partizipation bei jungen Frauen gegenüber männlichen Gleichaltrigen und auf steigendes politisches Interesse und eine zunehmende politische Partizipation bei steigendem (formalem) Bildungsniveau.
- Zudem zeigen die Befunde, dass gerade an Schulen, die nicht zum Abitur führen und an denen sozioökonomisch benachteiligte Schüler:innen überrepräsentiert sind, politische Bildung als Unterrichtsfach sowie im Rahmen einer demokratischen Schulkultur, sowohl im Umfang als auch in der Qualität, im Rückstand ist.
- Dies führt zur Empfehlung, **auch für nicht-gymnasiale Schulformen und für Berufsschulen eine gute Versorgung mit politischer Bildung sicherzustellen**. Gleichzeitig erscheint es vor dem Hintergrund dieser Befunde sinnvoll, weiterhin und ergänzend zu breit angelegten Bildungsangeboten verstärkt auf spezifische Zielgruppenzugänge zu jungen Menschen zu setzen sowie auf Ansätze und Inhalte, die an den jeweiligen Lebenswelten, Problemlagen und Interessen von spezifischen Zielgruppen orientiert sind.
- Die betrachteten Studien deuten auf Zurückhaltung und Unsicherheiten junger Menschen in Bezug auf politische Partizipation, auch im digitalen Raum, hin. Darüber hinaus erweisen sich partizipative Strukturen gerade in der Schule als ausbaufähig. Die genannten Befunde verweisen auf **Bedarfe, partizipative Strukturen auszubauen, beispielsweise im Rahmen einer demokratischen Schulkultur, sowie politische Handlungskompetenzen, Wissen zu (auch**

unkonventionellen) politischen Partizipationsmöglichkeiten und die politische Selbstwirksamkeitswahrnehmung gezielt zu fördern.

- Die Befunde verweisen ferner auf einen Bedarf, **digitale Räume stärker in die Demokratieförderung und Extremismusprävention zu integrieren**. Junge Menschen zeigen sich mehrheitlich durchaus verunsichert in Bezug auf politische Informationen und Nachrichten sowie politische Meinungsäußerungen im Internet und sind dort in hohem Maße mit verschiedenen demokratiegefährdenden Phänomenen wie (verschwörungsbezogenen) Falschnachrichten, Hass im Netz oder extremistischen Medieninhalten konfrontiert. Entsprechend sollten **Medienkompetenzen in diesen Bereichen gefördert und die Verzahnung medienbezogener und politischer Bildung ausgebaut werden. Dies betrifft auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte sowie Fachkräfte der Jugendarbeit, Schul- und Jugendsozialarbeit**, was den Umgang mit digitalen Medien und das Wissen über digitale jugendliche Lebenswelten angeht.
- Ein deutliches Defizit zeigt sich auch im Bereich Demokratieförderung im Grundschulalter. Einerseits existiert kaum Forschung zu politischer oder demokratischer Bildung in Hort und Ganztagsgrundschule, andererseits gibt es Hinweise, dass große Bedarfe in der Fachpraxis existieren. Empfohlen wird daher die **konzeptionelle Weiterentwicklung, Erprobung und Auswertung von Ansätzen politischer und demokratischer Bildung sowie deren strukturelle Verankerung in Hort und Ganztagsgrundschule sowie in der Aus- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte**.
- Übergreifend zeigt sich auch, dass die Projektförmigkeit und Befristung von Angeboten, Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich sowie die eingeschränkte Ressourcenausstattung Fachkräfte vor Herausforderungen stellen, positiv im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention wirken zu können. Es ist darum zu empfehlen, Ressourcen für begleitende Daueraufgaben und Fortbildungen bereitzustellen und Strukturen für längerfristige Anstellungsverhältnisse zu schaffen.

3.2 Befunde und Empfehlungen aus den Sekundäranalysen

In den Sekundäranalysen (Teilbericht 3) der Fachgruppe J2 wurden verfügbare Daten zu Einstellungen, Wertorientierungen und Alltagspraxen junger Menschen analysiert, die im Zusammenhang mit Demokratieförderung und Extremismusprävention für verschiedene Fachkräfte und Zielgruppen relevant sein können. Hierzu zählen Einstellungen, wie zum Beispiel die gegenüber demokratischen Werten, und anvisierte sowie umgesetzte Aktivitäten, wie zum Beispiel politische Partizipation oder Passivität. Auch Fragen von Toleranz, Einstellungen zu zugewanderten Menschen usw. waren relevante Aspekte für die sekundäranalytische Auswertung. Insgesamt wurden 15 bereits existierenden Datensätze ausgewertet, wobei zum Teil auch Längsschnittdaten mit mehreren Erhebungswellen verwendet wurden. Diese Daten wurden im Rahmen aktueller nationaler und internationaler Studien erhoben, in denen auch verschiedene Zielgruppen der Angebote im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention oder auch pädagogische Fachkräfte befragt wurden. Befunde und Empfehlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- **Politisches Interesse ist ein entscheidender Faktor** für politische Partizipation und sollte deshalb in Demokratieförderprogrammen besonders gefördert werden.
- Aus den Befunden lässt sich ein breiter Bedarf an **altersspezifischer politischer Bildung und Demokratieförderung** ableiten. Junge Menschen sind in Deutschland weniger an politischen Themen interessiert als die Älteren, auch wenn das politische Interesse junger Menschen in Deutschland seit 2010 zugenommen hat. **Maßnahmen der politischen Bildung und Demokratieförderung sollten an vorhandenen Interessenslagen anknüpfen und auf altersspezifische Kompetenzen und Wissensbestände zugeschnitten sein. Sie sollte sich nicht auf Wissens- und Kompetenzvermittlung beschränken, sondern Demokratie-Bildung im weiteren Sinne umfassen.**
- Es gibt keine empirischen Hinweise darauf, dass die abnehmende Zufriedenheit der Jugendlichen mit der Demokratie zu einer zunehmenden Ablehnung der Demokratie als Staatsform führt. Dennoch erscheint es sinnvoll, **in pädagogischen Kontexten im Rahmen der Beschäftigung mit Demokratie unterschiedliche Regierungs- und Staatsformen zu reflektieren und zu diskutieren.**
- Die Ergebnisse zeigen, dass Personen jüngeren Alters autoritäre Regierungsformen seltener befürworten. Als am stärksten gefährdete Zielgruppe wurden männliche Befragte mit ländlichem Wohnsitz und niedrigem Bildungsniveau ermittelt. Es bedarf daher **Maßnahmen der Demokratieförderung und politischen Bildung, die die unterschiedlichen Bildungsstände junger Menschen, Geschlechterunterschiede und regionale Herausforderungen berücksichtigen und die thematisch auf diese spezifischen Zielgruppen zugeschnitten sind.** Mit Blick auf die Stabilität autoritärer Einstellungen müssen Ansätze entwickelt werden, mithilfe derer sich **verfestigte autoritäre Haltungen aufbrechen lassen.**
- Aktuell sprechen die Daten dafür, dass ältere Personen Verschwörungsmysmen mehr Glauben schenken als jüngere Menschen, die aber ebenfalls Verschwörungsmysmen anhängen können. **Medienbezogene Bildungsangebote sollten daher stärker in die politische Bildung und Demokratieförderung integriert werden** und auf aktuelle Phänomene reagieren, Aufklärungsarbeit leisten und Handlungsstrategien vermitteln, z. B. das Erkennen von Falschnachrichten. Das könnte zum Beispiel über **die intensive Beschäftigung mit (Qualitäts-)Journalismus und Fact-Checking erfolgen, auch durch eigenes Erproben und Einüben journalistischer Arbeit.** Diese Art der Förderung könnte dazu beitragen, auch in späteren Lebensjahren durch Medien- und Faktenkompetenz Verschwörungserzählungen erkennen zu können.

3.3 Befunde und Empfehlungen aus der quantitativen Jugendbefragung

Zur Einbeziehung der Perspektive junger Menschen wurde im Verbundprojekt in der Fachgruppe J4 eine standardisierte Online-Befragung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren (N=1.527) durchgeführt (Teilbericht 4). Thematisch umfasst die standardisierte Befragung fünf Bereiche, die eine hohe Relevanz für die politische Kultur und das demokratische Zusammenleben haben und teilweise einen spezifischen Jugendbezug aufweisen: Politische Einstellungen und Haltungen, Hass im Netz, Kontakt zu Extremismus, politische Partizipation und politische Bildung. Die Befunde umfassen sowohl politisch relevante Haltungen

und Handlungen als auch Problemwahrnehmungen und eigene Betroffenheit von demokratiegefährdenden Phänomenen.

- Die geschlechtsbezogenen Befunde der Studie deuten auf einen **Bedarf nach gendersensibler schulischer und außerschulischer politischer Bildung** sowie nach demokratiefördernden Maßnahmen hin, die auf Mädchen und junge Frauen zugeschnitten sind. Diese sollten insbesondere auf Empowerment ausgerichtet sein und die politische Selbstwirksamkeit sowie den Bezug der Frauen zur Politik stärken.
- Die Befragungsergebnisse verweisen darüber hinaus auf eine starke Abhängigkeit politischer Haltungen und Aktivitäten vom formalen Bildungsniveau, die durchaus auch als Ungleichheiten nach sozioökonomischer Herkunft interpretiert werden können. In Kombination mit dem Befund, dass sich junge Menschen mit einfacher Bildung seltener durch die Schule auf politische Teilhabe vorbereitet fühlen, ergibt sich ein **ausgeprägter Bedarf nach schulischer politischer Bildung an den entsprechenden Schulformen** und ergänzenden demokratiefördernden Bildungsangeboten für diese Gruppe. **Zielgruppenzüge und Konzeptionen, denen es gelingt, gerade auch junge Menschen mit einfacher Bildung und aus weniger privilegierten Sozialmilieus zu erreichen, sollten erprobt, weiterentwickelt und ausgebaut werden.** Die hohen Korrelationen der politischen Haltungen mit dem Bildungsniveau sind allerdings nicht nur als Hinweis auf einen Bedarf nach politischer Bildung oder Demokratieförderung für die weniger privilegierten jungen Menschen zu deuten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich hier gesellschaftliche Probleme, wie die weitreichenden Folgen sozialer Ungleichheiten für individuelle Lebensverläufe und -chancen, offenbaren. Diese Probleme müssen als solche angegangen werden, beispielsweise indem sowohl **die ökonomische als auch die soziale Teilhabe junger Menschen verbessert wird**, und sind nicht (nur) durch politische Bildung oder Demokratieförderung zu lösen.
- Die Ergebnisse zeigen, dass Personen mit einer Migrationsgeschichte etwas häufiger als Personen ohne Migrationsgeschichte eine Skepsis gegenüber der Demokratie als Staatsform äußern. Auch schätzen Menschen mit Migrationsgeschichte ihre eigenen politischen Fähigkeiten etwas seltener als gut ein. Zudem sind die Ergebnisse zu den Gründen geringer bzw. fehlender Partizipation auffällig: Junge Menschen mit Migrationsgeschichte geben häufiger an, nicht zu partizipieren, weil sie nicht dazu eingeladen wurden und weil sie fürchten, in sozialen Netzwerken/der Öffentlichkeit angefeindet zu werden. Aufgrund niedrigerer Fallzahlen dieser beiden Hinderungsgründe müssen diese mit Vorsicht behandelt werden, deuten aber daraufhin, dass Angebote politischer Bildung und Partizipationsmöglichkeiten noch gezielter junge Menschen mit Migrationsgeschichte adressieren sollten, um so auch **deren politische Selbstwirksamkeit zu stärken. Diese Maßnahmen sollten kombiniert werden mit solchen, die zum Abbau von Rassismus im Allgemeinen sowie strukturellem und institutionellem Rassismus beitragen.**
- Bei jungen Menschen im Osten Deutschlands ist das politische Interesse, die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform und die Bewertung des Funktionierens des demokratischen Systems in Deutschland niedriger ausgeprägt als bei jungen Menschen im Westen Deutschlands. Auch partizipieren junge Menschen in der Region Ost seltener politisch. Diesen Umstand sollten Angebote und Maßnahmen in den Blick nehmen, um die Akzeptanz von demokratischen Prozessen und möglichst auch die **politische Teilhabe im Osten Deutschlands gezielt zu stärken.** Gleichzeitig sollte auch hier berücksichtigt werden, dass die regionalen Unterschiede bezüglich politischer Haltungen auch als **Hinweis auf**

Probleme auf Ebene der Gesellschaft und des politischen Systems gelesen werden können.

- Rund 44% der jungen Menschen kommt mit extremistischen Einstellungen in Kontakt. Am häufigsten treffen junge Menschen im Internet und in der Öffentlichkeit auf Extremismus. Die Auswertung legt nahe, **dass Jüngere und Personen mit einfacher Schulbildung seltener extremistische Einstellungen wahrzunehmen scheinen**. Allerdings ist fraglich, ob sie tatsächlich weniger mit entsprechenden Einstellungen konfrontiert sind oder diese nur anders einstufen. **Hier ergeben sich Anknüpfungspunkte für entsprechend adressierte Bildungsangebote und Maßnahmen**. Etwa ein Drittel der Personen mit Kontakt zu extremistischen Einstellungen wird davon stärker belastet. Das deutet darauf hin, dass Unterstützung an dieser Stelle notwendig ist.
- Die Befragten äußern auch selbst Bedürfnisse zu verschiedenen Formen der Unterstützung: Zwei von fünf Personen weisen ein Bedürfnis nach emotionaler Unterstützung auf, gefolgt von Unterstützungsbedürfnissen beim Umgang mit der Person oder der Gruppe mit extremistischer Einstellung. Bei emotionaler Unterstützung werden die Bedürfnisse zu etwa einem Drittel nicht gedeckt, bei Unterstützung beim Umgang mit der Person oder Gruppe zu etwa Dreiviertel. Seltener werden psychologische oder therapeutische Unterstützung oder rechtliche Beratung von jungen Menschen nachgefragt, wobei die Bedürfnisse bei diesen Unterstützungsangeboten ebenfalls deutlich überwiegend nicht gedeckt werden. Diese Formen der Unterstützung gilt es also zu stärken. Ein großer Anteil der jungen Menschen spricht nicht über ihre Erfahrungen mit extremistischen Einstellungen. Es besteht ein Bedarf nach Räumen, in denen über Kontakt zu extremistischen Einstellungen oder Gruppen gesprochen werden kann, insbesondere für die Zielgruppen Menschen mit Migrationsgeschichte und junge Männer. Deshalb sollten **Informationen über Beratungsangebote und Zugänge weitere Verbreitung erfahren. Dazu benötigen Beratungsstellen mehr öffentliche Wahrnehmung**.
- Hass im Netz stellt sich auf Basis der erhobenen Daten als ein Problem dar, das in den Lebenswelten der jungen Menschen sehr präsent ist, von dem nicht wenige schon persönlich betroffen waren und zu dem einige selbst beitragen. In der Gesamtschau verweisen diese Befunde auf einen **Bedarf an flächendeckenden Informations-, Bildungs- und Beratungsangeboten zum Thema Hass im Netz, die von einer Aufklärung zum Phänomen, dessen rechtlicher Einordnung und entsprechenden Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten bis zu Vermittlung konkreter Handlungskompetenzen im Umgang mit Hass im Netz reichen**. Besonders berücksichtigt werden sollten dabei junge Menschen mit Migrationsgeschichte, die häufiger persönlich von Hass im Netz betroffen sind. Die Bekanntheit von Beratungsangeboten sollte insbesondere in ländlichen Gebieten und bei jungen Menschen mit einfacher Bildung erhöht werden.

3.4 Befunde und Empfehlungen aus der Befragung von Kindertagesstätten und Schulen

Im Verbundprojekt wurden in der Fachgruppe F3 Kindertageseinrichtungen und Schulen befragt (Teilbericht 5). Ziel der Befragung war es, belastbare Daten zur Häufigkeit von Konflikten mit radikalisierten Eltern und Kindern, aber auch radikalisierten Mitarbeitenden zu gewinnen. Weiter wurde nach der Belastungswirkung solcher Konflikte und Wünschen hinsichtlich der Unterstützung durch spezialisierte Träger der Extremismusprävention und Demokratieförderung gefragt. Einbezogen

werden konnten 533 Antworten (Teilnahmequote 10,5%) von Führungskräften aus Kindertagesstätten in allen Bundesländern sowie 1.235 Antworten (Teilnahmequote 11,8%) schulischer Führungskräfte aus 14 Bundesländern. In zwei Bundesländern wurde die Schulbefragung von der zuständigen Genehmigungsbehörde nicht bewilligt. Befunde und Empfehlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- In etwa 30% der Kindertageseinrichtungen kommt es zu gelegentlichen oder häufigen Konflikten mit Eltern, die menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen vertreten.
- In den teilnehmenden Schulen zeigt sich ein ähnliches Bild. Rund **ein Drittel der Schulen berichtet von mindestens gelegentlichen Auseinandersetzungen** mit Eltern bzw. Schülerinnen oder Schülern, die menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten.
- Bundeslandspezifische Auswertungen für Kindertagesstätten zeigen, dass Auseinandersetzungen mit radikalisierten Eltern und/oder Eltern, die Verschwörungserzählungen vertreten, **in allen (teilnehmenden) Bundesländern vorkommen**. Die Häufigkeit, mit der Konflikte angegeben werden, unterscheidet sich zwischen dem am stärksten belasteten Bundesland und dem am wenigsten belasteten Bundesland ungefähr um den Faktor 2, das heißt, im am stärksten belasteten Bundesland werden doppelt so häufig Konflikte angegeben.
- Wenn von den befragten Führungskräften mindestens gelegentliche Konflikte geschildert werden, so wird dies mehrheitlich, in Kindertagesstätten wie Schulen, als belastend erlebt. **Eine große Belastung durch die Konflikte schildern dann etwa 20% der Kindertagesstätten bzw. 40% der Schulen, in denen entsprechende Konflikte vorkommen.**
- **Die meisten befragten Kindertageseinrichtungen und Schulen haben bisher kein Fortbildungs- oder Beratungsangebot in Anspruch genommen.** Das kann auf ein fehlendes Angebot, die fehlende Passung eines vorhandenen Angebots oder ein Bemühen in den bildungsbezogenen Einrichtungen, zunächst selbst Lösungsstrategien zu entwickeln, hindeuten. Sind Kindertageseinrichtungen und Schulen von Konflikten betroffen, steigt die Teilnahme an Fortbildungs- und Beratungsangeboten.
- Die Schulen haben sich im Vergleich zu Kindertagesstätten etwa doppelt so häufig zu diesen Themen fortgebildet oder beraten lassen. **Ein Bedarf an Fortbildungen oder Beratungen ist in etwa einem Drittel der befragten bildungsbezogenen Einrichtungen vorhanden.**
- Weiterführende Analysen der Zusammenhänge zwischen der wahrgenommenen Belastung aufgrund der Auseinandersetzungen mit radikalisierten Eltern und dem Fortbildungs- und Beratungsbedarf in Kindertagesstätten und Schulen veranschaulichen, **dass der Fortbildungs- und Beratungsbedarf umso höher ist, je eher die Auseinandersetzungen als belastend erlebt werden.**
- Die Befunde unterstreichen den Bedarf an Unterstützungsangeboten für bildungsbezogene Einrichtungen, wobei darauf hinzuweisen ist, dass aufgrund der großen Anzahl an Kindertagesstätten und Schulen ein Bedarf bei einem Drittel der Einrichtungen bedeutet, dass eine substanzielle Anzahl an Einrichtungen einen Bedarf signalisiert. Mit ihren spezifischen rechtlichen und institutionellen Bedingungen stellen Bildungseinrichtungen eine Zielgruppe dar, die vermutlich besondere Anforderungen an die Qualifikation von Beratungsangeboten stellt. **Ein flächendeckendes, deutschlandweit verfügbares und gut zugängliches Unterstützungsangebot in Form von (Online-)Fortbildungen und Fachberatungen** für bildungsbezogene Einrichtungen bedarf daher einer juristisch informierten Entwicklung unter Einbindung der Fachpraxis sowie vorbereitender Evaluationen, die bislang fehlen. Gerade Online-Formate könnten

aufgrund ihrer zeitlichen Flexibilität hier eine große Ressource sein, da der Bedarf häufig akut in der Auseinandersetzung mit einem konkreten Vorkommnis auftreten dürfte.

3.5 Befunde und Empfehlungen aus der Befragung des Regelsystems der Kinder- und Jugendhilfe: Allgemeiner Sozialer Dienst, Schul- und Jugendsozialarbeit, Hilfen zur Erziehung

In drei (weiteren) zentralen Arbeitsfeldern des Regelsystems der Kinder- und Jugendhilfe (Sozialer Dienst im Jugendamt, Schul- und Jugendsozialarbeit, Hilfen zur Erziehung) haben das SOCLEs in Kooperation mit der Fachgruppe F3 Familienhilfe und Kinderschutz des DJI im Jahr 2023 jeweils zwei Fokusgruppen (Teilbericht 6) durchgeführt und inhaltsanalytisch ausgewertet (Rädiker/Kuckartz 2019). Für die online durchgeführten Fokusgruppen konnten insgesamt 42 Fach- und Leitungskräfte aus allen Bundesländern gewonnen werden (Allgemeiner Sozialer Dienst im Jugendamt: 18; Schul- und Jugendsozialarbeit: 14; Hilfen zur Erziehung: 10).

- Die befragten Fach- und Leitungskräfte berichten, dass menschen- oder demokratiefeindlich geprägte Äußerungen als provokative Form der Kontaktaufnahme zum Alltag gehören. Ideologische Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen spielen aufs Jahr gerechnet zwar nur in einer geringen Zahl der Fälle eine relevante Rolle, dann aber ergäben sich daraus gesteigerte **Bedarfe an Fachberatung zur Erlangung zusätzlicher Kenntnisse und zur Ermöglichung von Handlungssicherheit im fachlichen Handeln**.
- Die geringe Anzahl der Fälle in der täglichen Arbeit der drei untersuchten Arbeitsfelder führt dazu, dass phänomenspezifische Fortbildungen mit Blick auf die Interessenlagen und Ressourcen nur ausnahmsweise zielführend sind, aber ein Bedarf an **phänomenübergreifenden Grundlagenfortbildungen** besteht. In der Fallarbeit der Kinder- und Jugendhilfe sind es, neben jungen Menschen, immer wieder auch Eltern, welche demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten. Dieser Umstand ist bei der Konzeption von Fortbildungs- und Beratungsangeboten zu berücksichtigen.
- Da die Relevanz von menschen- und demokratiefeindlicher bzw. extremistischer Überzeugung im Alltagsgeschehen der Kinder- und Jugendhilfe ein eher seltenes Geschehen ist, sind Kooperationspfade häufig nicht gebahnt. Erforderlich ist daher eine Möglichkeit, ad hoc **Wege zu Fachberatung** zu finden. Dem kann beispielsweise durch **bundes- oder landeszentrale Anlaufstellen** zur Erstberatung und zum Verweis auf regionale Angebote entgegengetreten werden. Die befragten Leitungskräfte äußern bei Krisen, eskalierten Konflikten oder Bedrohungslagen für Fachkräfte einen Bedarf an Beratung und Unterstützung vor Ort, der durch **mobile Teams oder Fachberatung** gedeckt werden könnte.
- **Jugendämter** äußern Interesse insbesondere an In-House-Schulungen. Auf diesem Wege können sie zugleich als Organisationen insgesamt erreicht werden. Inhaltlich sollten diese Schulungen verbunden sein mit einer Arbeit an der individuellen sowie institutionellen Haltung zum Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Überzeugungen und Verschwörungserzählungen.

- **Schul- und Jugendsozialarbeit** treffen vor allem in den östlichen Bundesländern auf eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern mit gefestigten demokratie- und menschenfeindlichen Überzeugungen sowie Verschwörungsglauben. Im gesamten Bundesgebiet ist die Schul- und Jugendsozialarbeit vielerorts unzureichend ausgestattet. Realistische Chancen auf eine nachhaltige Zusammenarbeit dürfte daher vor allem eine Förderung haben, die zivilgesellschaftliche Träger sowie Schul- und Jugendsozialarbeit im **Tandem** vorsieht. Außerdem wurde in diesem Arbeitsfeld der Ruf nach einer **bundesweiten Orientierung** für das fachliche Handeln im Kontext Menschen- und Demokratiefeindlichkeit deutlich.
- In den Diskussionen der Fach- und Leitungskräfte der **Hilfen zur Erziehung** wurden hohe Kompetenzen im Aufbau einer Arbeitsbeziehung mit den Familien deutlich, auch wenn in diesen demokratie- und menschenfeindlichen Überzeugungen sowie Verschwörungserzählungen vertreten werden. Dieser Handlungskompetenz steht fehlendes Wissen über die Phänomene sowie deren potenzielle Auswirkungen auf die Erziehung sowie innerfamiliäre Interaktion gegenüber, was als eigenständiges Fachthema anzusehen und zu fördern ist. Spezialisierte zivilgesellschaftliche Träger der Extremismusprävention und Träger der Hilfen zur Erziehung könnten durch Formate des „**Mutual Learning**“ voneinander lernen und profitieren.
- Die Fokusgruppen haben gezeigt, dass noch wechselseitige Verständnislücken zu schließen sind, damit Fortbildung, Fachberatung und Unterstützung durch die zivilgesellschaftlichen Träger der Extremismusprävention und Demokratieförderung tatsächlich die Bedarfe der öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe trifft. Hier ist es sinnvoll die **Fachpraxis weiter durch Forschung zu unterstützen**, indem sie beispielsweise ein repräsentatives Spektrum an Fallkonstellationen und die Qualifizierungsbedarfe bei den zivilgesellschaftlichen Trägern erhebt, um bedarfsgerechte, allgemein zugängliche Qualifizierungsformate zu erarbeiten.

4 Fazit

Der vorliegende Überblick informiert über die zentralen Befunde und Empfehlungen des Verbundprojektes „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Die hier vorgenommenen Empfehlungen basieren auf den ausführlichen empirischen Analysen und dem systematischen Literaturüberblick, die separat verfügbar sind. Die Zusammenschau soll es ermöglichen, schnell und überblicksartig auf die einzelnen Teilberichte und deren Empfehlungen zurückzugreifen. Sie kann und soll aber nicht die Lektüre der einzelnen Berichte ersetzen.

Die Befunde zu politischen Einstellungen verweisen übereinstimmend auf relevante Unterschiede je nach sozialer Herkunft, Alter, Geschlecht, Region und Migrationshintergrund. Dies bietet Hinweise auf den Bedarf einer verbesserten Adressierung dieser Zielgruppen durch Angebote der politischen Bildung und Partizipation. Sie zeigen, dass neben jungen Menschen auch deren Eltern eine wichtige Zielgruppe politischer Bildung und Extremismusprävention sind. Und sie informieren über die hohe Verbreitung von Hass im Netz, aber auch einen beträchtlichen Anteil pädagogischer Institutionen, die mit Konflikten aufgrund demokratiefeindlicher, menschenverachtender Einstellungen oder Verschwörungserzählungen konfrontiert sind. Nicht zuletzt verdeutlichen sie das Belastungspotenzial entsprechender Konflikte und extremistischer Äußerungen im Netz, deren Bearbeitung durch mangelnden Zugang zu Beratungs- oder Fortbildungsangeboten erschwert ist.

Mit der vorliegenden Empirie ist es gelungen, vom systematischen Literaturüberblick über die Sekundäranalysen bis hin zu den Fachkräftebefragungen und der Jugendbefragung eine systematische, aufeinander aufbauende und einander ergänzende Empirie zur Frage von Bedürfnissen und Bedarfslagen in der Demokratieförderung und Extremismusprävention vorzulegen, von der Impulse für die Weiterentwicklung und verbesserte Passgenauigkeit von Projekten und Programmen ausgehen können und die damit Entscheidungshilfen für Ämter und Administrationen, Fachpraxis und politische Entscheidungsträger auf allen föderalen Ebenen bieten. Im Jahr 2024 wird nun – das Verbundprojekt „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ abschließend – im Projektteil der Fachgruppe J4 „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ am DJI in Halle (Saale) eine qualitative Jugendbefragung zu entsprechenden Phänomenen – und Problembelastungen sowie eine Pilotstudie für ein darauf bezogenes, quantitatives Monitoringinstrument durchgeführt. Intendiert ist damit, die Empirie zur Ermittlung von Bedarfslagen weiterzuentwickeln und Erkenntnisse für mögliche Dauerbeobachtungen zu generieren.

5 Literaturverzeichnis

- Böhnisch, Lothar/Fritz, Carsten/Seifert, Thomas/Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter (1997): Das Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt - AgAG. Die Wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven. Münster
- Bothe, Iris (2020): Die kommunale Ebene. Das Beispiel Wolfsburg. In: Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe Ernst (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend. Wiesbaden, S. 531–562
- Dietz, Gregor/Ganseweg, Antje (2020): Die Landesebene - die Beispiele Schleswig-Holstein und Hessen. In: Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe Ernst (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend. Wiesbaden, S. 563–580
- Dietzel, Gottfried/Troschke, Jürgen v. (1988): Begleitforschung bei staatlich geförderten Modelprojekten: strukturelle und methodische Probleme. Stuttgart
- Hesse, Mario/Starke/Tim (2018): Kommunaler Finanzbedarf – Können kommunale Bedarfe überhaupt präzise bestimmt werden? In: Jahrbuch für öffentliche Finanzen, 241. Jg., H. 2, S. 181–196
- Jütz, Maren/Kolke, Stefan/König, Frank/Stärck, Alexander/Zierold, Diana/Roscher, Tobias/Greuel, Frank/Milbradt, Björn (2023): Halbzeitbilanz zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (2020–2024). Deutsches Jugendinstitut e.V. Halle (Saale)
- Lüders, Christian/Milbradt, Björn/Gess, Christopher/Mewes, Alexander (2020): Die Bundesebene – Bundesprogramme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. In: Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe Ernst (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend. Wiesbaden, S. 581–594
- Milbradt, Björn/Greuel, Frank/Reiter, Stefanie/Zimmermann, Eva (Hrsg.) (2021): Evaluation von Programmen und Projekten der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention. Gegenstand, Entwicklungen und Herausforderungen. Weinheim
- Neumann, Peter (2015): Die neuen Dschihadisten. ISIS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus. Berlin
- Rädiker, Stefan/Kuckartz, Udo (2019): Analyse qualitativer Daten mit MAXQDATA. Text, Audio und Video. Wiesbaden
- Schau, Katja/Langner, Joachim/Glaser, Michaela/Figlesthler, Carmen (2017): Demokratiefeindlichem und gewaltorientiertem Islamismus begegnen. Ein Überblick über Entwicklungen und Herausforderungen eines jungen pädagogischen Handlungsfelds. In: Kärgel, Jana (Hrsg.): „Sie haben keinen Plan B“. Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr - zwischen Prävention und Intervention. Bonn, S. 197–211